

Religion

Moschee, Kirche, Synagoge unter einem Dach als Beitrag für den Weltfrieden

Zaman, 04.06.2014, Titelseite

In Berlin wird ein Gebetshaus entstehen, das die drei Religionen unter einem Dach vereint. Auf dem Grundstück des historischen Petri Platz wird ein weltweit einmaliges Gebetshaus errichtet werden. Die Idee, ein christlich-jüdisch-muslimisches Gebetshaus zu errichten, stammt von den protestantischen Berliner Petri und Marien Kirchen. Nachdem der Berliner Senat seine Unterstützung für das Projekt bekannt gab, die Berliner Jüdische Gemeinde und das Interkulturelle Dialogforum für das Projekt „The House of One“ ihre Unterstützung erklärten, wurde ein Verein gegründet, der vor vier Jahren mit der Arbeit begann.

Das Projekt wurde gestern erstmals der Öffentlichkeit während einer Pressekonferenz vorgestellt. Pfarrer Gregor Hohberg, Rabbi Tovia Ben-Chorin und Imam Kadir Sancı nahmen an der Versammlung teil.

Pfarrer Hohberg verwies darauf, dass innerhalb der Gesellschaft diffuse Ängste herrschten und sie mittels des Projekts diesen Ängsten entgegen steuern möchten: „Heutzutage leben Menschen mit zu viel Ängsten. Diese Ängste resultieren aus Unwissenheit und verschließen den Weg zueinander. Wir möchten die Menschen in unserem gemeinsamen Gebetshaus zusammenbringen und mit ihnen den interreligiösen Dialog leben.“

Rabbi Tovia Ben-Chorin erklärte, dass die drei Offenbarungsreligionen seit Jahrhunderten die Welt beeinflussten und auch weiter beeinflussen

werden. Der Rabbi erinnerte an die tödlichen Angriffe in Brüssel im Jüdischen Museum und betonte mit Blick auf das gemeinsame Vorhaben: „Anstatt uns die Köpfe gegenseitig einzuschlagen setzen wir uns zusammen und verwirklichen unsere Idee. Ich glaube sehr an dieses Projekt. Ich bin davon überzeugt, dass es den Religionen und Kulturen Frieden bringen wird. Berlin war die Stadt des Schmerzes und der Wunden – nun ist sie die Stadt der Wunder.“

Imam Kadir betonte während der Versammlung den historischen Gesichtspunkt des Projekts: „Das, was wir machen ist eigentlich nicht neu. Während des Osmanischen Reichs gab es bereits unter Sultan Abdülhamit ein gemeinsames Gebetshaus von Christen, Juden und Muslimen. Es gibt etliche weitere Beispiele in diesem Zusammenhang. Das tatsächlich Neue ist bei uns allerdings, dass wir gemeinsam als drei Religionen die Initiative ergriffen haben und uns für die Erschaffung eines Ortes entschieden haben, auf dem wir alle drei gleichberechtigt sind. Natürlich gab es auch Institutionen wie die DITIB, die sich als Partner angeboten hatten.

Uns kommt zugute, dass wir bereits breite Erfahrungen im interkulturellen Dialog besitzen. Selbstverständlich wird es auch Gegner unserer Idee geben. Ich bin jedoch fest davon überzeugt, dass wir ein lebendiges Beispiel und Vorbild für die Menschen sein können, indem wir den kultur- und religionsübergreifenden Dialog vorleben und leben.“

Islam in Deutschland

Aydan Özoğuz: „Islamische Verbände nehmen eine wichtige gesellschaftliche Pflichten wahr.“

Zaman, 28.05.2014, Titelseite

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Integration und Flüchtlinge, Aydan Özoğuz (SPD) erklärt, dass die islamischen Organisationen wichtige Pflichten in der Gesellschaft wahrnehmen. Während des Symposiums „Lokale Akteure – Muslimische Gesellschaften“, das von der Robert Bosch Stiftung und vom Goethe-Institut in München veranstaltet wurde, erklärte Özoğuz:

„In Deutschland leben vier Millionen Muslime. Es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Vereinen und Gesellschaften, die die Pluralität der Muslime in Deutschland widerspiegeln. Uns ist eine Zusammenarbeit mit ihnen sehr wichtig.“ Im Gespräch mit der Zaman betonte Özoğuz, dass sie in der gemeinsamen Zusammenarbeit der Organisationen höhere Lösungspotenziale sieht, als in der ausschließlich partikularen Arbeit.

Gleichzeitig äußerte sie Kritik an der gesellschaftlichen fehlenden Wahrnehmung und Anerkennung: „Das Wissen in der Gesellschaft über die Arbeit und die Leistung der islamischen Organisationen ist immer noch nicht vorhanden. Das ist äußerst bedauerlich.“

Die SPD-Politikerin verwies darauf, dass ein Großteil der in den Organisationen tätigen Menschen Freiwillige sind, die 24 Stunden am Tag ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Neben der Religionsbildung für Kinder und Jugendliche bieten die Freiwilligen Hausaufgabenbetreuungen und Sprachkurse an. Zudem helfen sie bei Ämtergängen und bieten hier Orientierungen für die Gemeindemitglieder an. Insgesamt ist der Beitrag der Freiwilligen, so Özoğuz, von enormer Größe.

Die Politikerin fügte hinzu, dass in Zukunft die Aufgaben im Bereich der kultursensiblen Pflege von Älteren mit Migrationsbiographien zunehmen werden.

Deutsche Staatsbürgerschaft

Integrations- und Migrationsprecher Fabio Reinhardt (Piratenpartei/Berlin): „Werbung für die Einbürgerung sind unnötig.“

Zaman, 28.05.2014

Der Sprecher für Migration, Integration und Flüchtlinge der Piratenpartei Fabio Reinhardt, erklärte bei seinem Besuch in der Zaman-Redaktion in Berlin, dass die Berliner Regierung sich nicht ausreichend um die Belange der Migranten kümmert.

Reinhardt kritisierte das gegenseitige Blockieren zwischen der SPD und der CDU. Der Politiker fordert ein stärkeres Vorgehen gegen Diskriminierungspraktiken. Migranten werden täglich mit Diskriminierungen konfrontiert. Ein effektives Vorgehen von Seiten der Politik ist, so Reinhardt, bisher ausgeblieben.

Der Politiker kritisiert zudem das Partizipations- und Integrationsgesetz aufgrund seiner Lücken

[siehe dazu: http://www.berlin.de/lb/intmig/partizipationsgesetz_berlin.html, Anm. M. K.] :

„Natürlich ist es erst einmal positiv, dass dieses Gesetz überhaupt erst einmal zum Tragen kommt. Wir sehen jedoch auch die vielen Lücken, die dieses Gesetz beinhaltet. Die Integrationsausschüsse benötigen deutlich bessere finanzielle und strukturelle Ausstattungen. Die Berliner Migrations- und Integrationsbehörde ist ein „Ausläufer“ des Berliner Senats für Integration.

Obwohl in den Ausländerbehörden eine Willkommenskultur notwendig ist, wird deutlich mehr Energie in Werbekampagnen für den Übertritt in die deutsche Staatsbürgerschaft investiert“, so Reinhardt.

Der Politiker betont weiter:

„Meines Erachtens sind solche Kampagnen überflüssig. Jeder, der sich einbürgern möchte, macht das aus eigenem Beschluss und benötigt dafür keine Werbekampagne.“

Fabio Rheinhardt äußerte sich auch zu den Ergebnissen der EU-Parlamentswahlen. Die Eurogegner haben seines Erachtens mittlerweile eine besorgniserregend hohe Unterstützung erreicht. Reinhardt erklärte zudem, dass die AfD, die 7% bei den Wahlen erhielt, mit billigen rechten Thesen erfolgreich auf Stimmenfang geht. Das gibt ihm Anlass zu großer Sorge.

Kein Grund zur Freude für die Piraten

Die Piraten konnten nur einen Kandidaten bei den EU-Wahlen in das Parlament schicken. Reinhardt führt das auf den Zustand seiner Partei zurück und äußert deshalb seine Kritik: „Unser Gesamtzustand ist alles andere als rosig im Moment. Wir haben bisher etliche Lücken nicht beheben können. Wir haben es nicht geschafft, Bedingungen unter dem Dach unserer Partei zu bilden, unter denen die Menschen in Ruhe und sicher arbeiten können.

Das sind Aspekte, die wir im Juni während unseres nächsten Parteikongress dringend lösen müssen.“

Verfassungsschutz/Niedersachsen:

Erfassung auch in den anderen Bundesländern?

Sabah, 28-29.05.2014, S. 15

Das Bundesland Niedersachsen erfasst und speichert Daten von Muslimen während ihrer Teilnahme am Freitagsgebet in den Moscheen. Die Sabah fragte in anderen Bundesländern nach, ob auch dort Erfassungen durch den Verfassungsschutz stattfinden.

Mittlerweile sind so bereits die Daten von 100 Personen vom niedersächsischen Verfassungsschutz gespeichert worden. Während der Amtszeit des niedersächsischen

Innenministers Uwe Schönemann, fanden im Rahmen der Freitagsgebete Personenkontrollen statt.

Im Februar 2010 stritten sich der ehemalige Bundespräsident und Ministerpräsident von Niedersachsen, Christian Wulff und Schönemann. Wulff verlangte damals den sofortigen Stopp der Kontrollen.

Im Zuge dieser Praxis stellt sich die Frage, ob auch in anderen Bundesländern ähnliche Kontrollen und Erfassungen stattfinden.

Dazu hat die Sabah sich in den Bundesländern umgehört, in denen die muslimische Bevölkerung hoch ist.

Zu diesen Bundesländern gehören Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein.

Die Fragen der Sabah wurden überwiegend mit nein beantwortet. Der Berliner Innensenat erklärte überdies in seiner Antwort an die Sabah, dass die Religionsfreiheit im Grundgesetz besonders geschützt wird: „Die Teilnahme an einem Gottesdienst oder an einer religiösen Zeremonie sind für den Berliner Verfassungsschutz selbstverständlich kein Grund zur Personenkontrolle oder zur Registrierung der Besucher.“

Die Antworten der angefragten Bundesländer wie folgt im Einzelnen:

BW: „Die Moscheebesucher in Baden-Württemberg werden nicht alle kontrolliert. Dazu bedarf es zunächst eines Verdachts, der die Kontrolle rechtfertigt. Ein solcher Verdacht kann bspw. sein, wenn ein Angriff vermutet wird. Dieser muss sich im Widerspruch mit den Verfassungsregeln befinden – ansonsten gibt es keinen Grund zur Kontrolle. Wenn jedoch eine Moschee im Zusammenhang mit einer extremistischen Gruppe steht, dann werden die Besucher durchaus geprüft.“

Bayern: „Weder der Islam noch das islamische Leben in Bayern werden durch den bayrischen

Verfassungsschutz kontrolliert. Lediglich Personen und Organisationen, deren Aktivitäten verfassungswidrig sind, stehen unter Beobachtung. Es werden generell keine Moscheebesucher kontrolliert.“

Berlin: „Nein. Solange niemand extremistisch ist und sich nicht in Verbindung mit entsprechenden Organisationen und Einrichtungen befindet, wird in Berlin niemand vom Verfassungsschutz registriert.“

Bremen: „Diese Frage können wir mit einem klaren „Nein“ beantworten.“

Hamburg: „Nein. Eine solche Verfolgung ist in Hamburg kein Thema.“

Nordrhein-Westfalen: „Der Verfassungsschutz respektiert selbstverständlich die in der Verfassung festgelegte Religionsfreiheit. Der Besuch des Freitagsgebets oder der Gang in die Moschee rechtfertigt weder eine Kontrolle noch eine Registrierung.“

Schleswig Holstein: „Nein. Moscheebesucher Bundesland Schleswig Holstein werden prinzipiell nicht erfasst.“

Aus Hessen, Rheinland Pfalz und dem Saarland erhielten wir keine Antworten.

Diskussion über „radikale Türken“ in der CDU

Sabah, 02.06.2014, S. 18

Die Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel (CDU) erklärt, dass radikale Türken die CDU infiltrieren. Pantel erklärt, dass dazu Mitglieder der Grauen Wölfe, der Gülen-Bewegung und der Milli-Görüş-Bewegung gehören.

Ausgangspunkt für die Diskussion war der Aufdruck des Halbmonds und des Sterns auf Tüten, die der türkischstämmige Kandidat Yaşar Çalık an die Wählerinnen und Wähler verteilte.

In Deutschland reißt die Diskussion um radikale Türken in der CDU deshalb nicht ab: Zuletzt berichtete die WAZ unter dem Titel „Radikale Türken schleichen sich in die Partei“ aus dem

Bundesland Nordrhein-Westfalen. Sowohl die WAZ als auch die Rheinische Post räumen diesem Thema in ihren Ausgaben sehr viel Platz ein.

Logo war der Funke

Der Neusser CDU-Kandidat Yaşar Çalık hatte während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen Stoffbeutel mit dem CDU-Logo und den Symbolen aus der türkischen Nationalflagge die Diskussion angefacht.

Sylvia Pantel, Landtagsabgeordnete der CDU in Nordrhein-Westfalen, erklärte hierzu:

„Wir sind prinzipiell für die Öffnung unserer Partei für Migranten. Allerdings wollen wir keine Radikalen in unserer Partei haben.“

Nennung von Organisationen

Pantel behauptet, dass Mitglieder der Grauen Wölfe, der Gülen-Bewegung und der Milli-Görüş-Bewegung in der CDU aktiv sind. Sie kritisiert die CDU-Führung in NRW wegen ihrer Passivität in dieser Frage. Daher plant Pantel diesen Aspekt in die Ausschüsse des Landesparlamentes zu tragen.

Der Vorsitzende des DTF (Deutsch Türkisches Forum) und Beisitzer im Landesvorstand der CDU in NRW Bülent Arslan und die Abgeordnete Serap (CDU) kritisieren hingegen Pantel und ihre Untersützer. Sie würden, so die beiden Politiker, übertreiben.

Türkei/Deutschland:

Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Köln

Dr. Cemal Karakaş (Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Hessen):

„Sowohl Erdoğan selbst hat das Recht auf freie Rede als auch seine Gegner das Recht auf Demonstrationen“

Zaman, 23.05.2014, S. 4

Dr. Cemal Karakaş von der Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Hessen erklärt, dass sowohl Erdoğan's Wahlkampagne als auch das

Demonstrationsrecht seiner Unterstützer fest verankerte Rechte in Deutschland sind. Dazu gehört auch das Recht der Gegendemonstranten, ihren Protesten während seines Besuchs in Köln Ausdruck zu geben.

Dr. Karakaş betont, dass das für alle liberalen Demokratien gilt. Der Wissenschaftler äußerte sein Verständnis über den Unmut und die Forderung nach der Absage des Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten nach dem Grubenunglück in der westtürkischen Stadt Soma.

Gleichzeitig hält er die Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen dem Unglück in Soma und des Besuchs in Köln für übertrieben.

Karakaş sieht während des Deutschlandbesuchs des türkischen Ministerpräsidenten die Möglichkeit von Seiten Erdoğan's gegeben, sich für seine Aussagen direkt nach dem Grubenunglück und das Vorgehen seiner Berater zu entschuldigen.

Cem Özdemir: „Es ist nicht Erdoğan, der über das Zugehörigkeitsgefühl zu bestimmten hat.“

Zaman, 03.06.2014, S. 5

Der Vorsitzende der Grünen Cem Özdemir erklärte, dass es nicht der türkische Ministerpräsident über das Zugehörigkeitsgefühl der türkischen Bevölkerung in Deutschland zu entscheiden hat. Die Polarisierung in der Türkei darf nicht zur Spaltung der türkischen Gesellschaft in Deutschland führen.

Zuvor hatte der türkische Ministerpräsident Cem Özdemir mit den Worten „Er ist nur ein angeblicher Türke. Halte deine Grenzen ein!“ zurecht gewiesen. Özdemir erwähnte daraufhin: „Erdoğan hat nicht darüber zu entscheiden, wer sich wo zugehörig fühlt. Ich bin ein deutscher Staatsbürger einer deutschen Partei und deren Vorsitzender“, so Özdemir.

Überdies stehe es Erdoğan nicht zu, andere in ihre Grenzen zu weisen und darüber zu bestimmen, wer wann wohin reist. Zuvor ist ihm

zusätzlich von Seiten des türkischen Ministerpräsidenten mitgeteilt worden, nicht in die Türkei einzureisen.

Özdemir selbst erklärte während einer wöchentlichen Pressekonferenz der Grünen in Berlin: „Von der türkischen Gemeinde in Deutschland habe ich positive Rückmeldungen aufgrund meiner Aussagen erhalten. Die Menschen hier wollen nicht, dass die Konflikte aus der Türkei in Deutschland ausgetragen werden.“

Özdemir wurde gefragt, ob er Drohungen erhalten hat oder nicht: „Die Debatte geht weit über meine Person hinaus und wird auf meine Familie sowie auf mir näher stehende Menschen übertragen. Ich appelliere an Erdoğan und seine Unterstützer, die Diskussionen in einem ruhigen und respektvollen Ton zu gestalten. Ob ich einen besonderen Personenschutz erhalte oder nicht, werden die Sicherheitsexperten nach ihren Analysen entscheiden.“

Özdemir erklärte, dass Erdoğan von seinem Feind-Freund-Bild nicht abweicht und sein Verständnis für Andersdenkende und seine Meinung nicht Teilende weit von einem respektvollen Umgang miteinander entfernt ist.

„Und natürlich werde ich auch in Zukunft nicht schweigen. Wenn Erdoğan etwas Positives gemacht hat, dann lediglich in der ersten Legislaturperiode seiner Amtszeit, was ich persönlich besonders hervorgehoben hatte. Ich werde das brutale Vorgehen gegenüber Demonstranten sowie die Einschränkungen der Gedankenfreiheit weiter kritisieren. Es interessiert mich nicht, was Erdoğan denkt. Mir ist es wichtig, die Spaltung der türkischen Gesellschaft zu vermeiden. Aber genau das tut Erdoğan.“

Cem Özdemir lenkte den Blick auf das Verständnis der ethnischen Zugehörigkeit des türkischen Ministerpräsidenten:

„Es ist fast so, wie wenn ich vor der Einbürgerung eine starke und althergebrachte

Zugehörigkeit besaß, die nun nicht mehr existiert – aufgrund dessen werde ich von ihm hinaus geworfen. Das ist keine Machtdemonstration zwischen Erdoğan und Özdemir. Erdoğan hat einen Bundestagsabgeordneten, den türkischen Vorsitzenden einer deutschen Partei angegriffen. Wenn wir ihm das erlauben, dann kann ihm niemand entgegen treten. Aus diesem Grund verbitte ich mir dieses Verhalten“, so Özdemir.

EU-Wahlen

Der europäische Traum wird zum Albtraum – Europa rutscht nach rechts

Sabah, 27.05.2014, S. 4

Die Ergebnisse der EU-Parlamentswahlen, bei denen rechtsextreme und nationalistische Parteien aus Frankreich und England als Gewinner hervorgegangen sind, beunruhigt die EU.

Während der Wahl waren 400 Millionen Wählerinnen und Wähler aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 43%. Die niedrigste Wahlbeteiligung lag in der Slowakei mit 13%. Am höchsten war die Wahlbeteiligung in Brüssel und in Luxemburg mit 90%.

Insgesamt wurden 751 Abgeordnete gewählt. Die EU-Parlamentswahlen finden alle fünf Jahre statt.

Die Wahlgewinner sind die EU-Gegner, die eine veränderte Form der EU fordern. Die höchsten Gewinne konnten die rechten Parteien in Frankreich, Deutschland und Griechenland für sich verbuchen. Sie wenden sich gegen eine EU der Integration und der Vereinigung. Überdies wurde in Deutschland ein Kandidat der NPD in das EU-Parlament gewählt. Die CDU verlor fünf Sitze im EU-Parlament.

Gegen Migranten

In Großbritannien hatte die UKIP, die gegen Migranten ist, die Nase vorn bei der Parlamentswahl. Nigel Farage, der Vorsitzende der UKIP, erhielt 28% der Stimmen, David Cameron mit den Konservativen erhielt lediglich 24% der Wählerstimmen.

Nach dem Wahlsieg äußerte sich Farage wie folgt: „Im Parlament werden nun deutlich mehr euroskeptische Abgeordnete sitzen. Die Idee der Integration in der EU wird sich vollständig ändern.“

Der Sieg der UKIP gilt in Großbritannien zugleich als Zäsur: erstmals seit 100 Jahren gewannen gingen weder die Konservativen noch die Labour-Partei aus einer Wahl als Siegerin hervor.

Erfolg der AfD beunruhigt die CDU

Zaman, 31.05.2014, S. 4

Die als Euroskeptiker in Deutschland bekannte AfD hat einen erfolgreichen Sieg für sich bei den EU-Parlamentswahlen verbuchen können.

Mit 7% schaffte sie den Einzug in das EU-Parlament. Dieses Ergebnis beunruhigt die CDU. Die Christdemokraten debattieren nun über gemeinsame Kooperationen mit der AfD.

Das positive Ergebnis der AfD, die mit 7% der Wählerstimmen in das EU-Parlament eingezogen ist, verstimmt die Politik.

Während bei den Bundestagswahlen die AfD um wenige Stimmen den Sprung ins Parlament verpasst hatte, finden nun die Debatten um mögliche Koalitionspartner statt.

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lehnt eine Koalition mit der AfD ab, wohingegen einige Abgeordnete aus der CDU der Zusammenarbeit mit der AfD durchaus aufgeschlossen sind.

Der Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willisch erklärte, dass man der AfD gegenüber nicht die Türen verschließen sollte: „Wir müssen mehr danach sehen, mit wem wir in Zukunft

größere Gemeinsamkeiten zum Koalieren haben. Die SPD, die Grünen oder die AfD. Ich persönlich sehe größere Gemeinsamkeiten mit der AfD.“ Christian Wagner vom „Berliner-Kreis“ der CDU hingegen erklärte, dass die Konkurrenzsituation mit den euroskeptischen AfD nicht willkommen ist: „Wir werden uns der AfD nie annähern“, so Wagner. Überdies hält er eine Annäherung für politisch falsch. Wagner selbst wünscht sich eine Koalition mit der FDP und möchte die Türen gegenüber Koalitionsgesprächen mit der AfD geschlossen halten: „Wir dürfen nicht vergessen, dass ein Großteil der AfD-Wähler ehemalige FDP und CDU-Wählerinnen und Wähler sind. Genau darauf benötigen wir eine Antwort.“

Nach den EU-Parlamentswahlen erklärte die Bundeskanzlerin, dass sie eine Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch ausschließt.

Peter Tauber, Generalsekretär der CDU prognostiziert der AfD ein zukünftig ähnliches Ergebnis wie das der Piratenpartei. Diese konnte ihren Erfolg während den Wahlen in den Jahren 2011 und 2012 nicht wiederholen. Auch Volker Kauder, Vorsitzende der Bundestagsfraktion CDU/CSU, ist gegen eine Zusammenarbeit mit der konkurrierenden AfD. Kauder, der im Fernsehen nicht gemeinsam mit dem AfD-Vorsitzenden gesehen werden möchte, erklärte, dass die AfD sich an der Spitze des Rechtsextremismus befindet. Er fügte hinzu, dass es keine Annäherungen geben wird, erklärte: „Ich empfehle jeder CDU-Landesgruppe und sämtlichen Organisationen, sich von einer gemeinsamen Arbeit mit der AfD fern zu halten.“ Kauder betonte ähnlich wie Wagner, dass er sich eine Koalition mit der FDP wünscht.

Lucke zeigt sich zufrieden mit den Debatten in der CDU

Der Vorsitzende der AfD, Bernd Lucke, erklärt, dass er über einige der Diskussionen in der AfD zufrieden ist. Der Vorsitzende sieht mögliche Koalitionen in Landesparlamenten mit der CDU in nicht allzu ferner Zukunft.

In Hessen erhielt die AfD besonders viele Wählerstimmen, wohingegen der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) sich verärgert über die Debatten in seiner Partei zeigte und Übertreibungen kritisierte.

Marine Le Pens drei Bedingungen: eine davon betrifft die Türkei

Hürriyet, 28-29.05.2014, S. 7

Aus den EU-Parlamentswahlen ging die rassistische Front National mit Marine Le Pen als ihre Vorsitzende als stärkste Kraft hervor. Im EU-Parlament angekommen, stellt sie drei Bedingungen – eine davon betrifft die Türkei.

Nach ihrem Wahlsieg gab Marine Le Pen im Sender BFM im Fernsehen einen Einblick in ihre Vorstellungen über die zukünftige Arbeit im Europaparlament: „Wir fordern die sofortige Auflösung des Freihandelsabkommens. Unsere zweite Forderung ist die Auflösung der Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Unsere dritte Forderung richtet sich an das französische Parlament und den französischen Ministerpräsidenten: Hollande besitzt keine Legitimität mehr. Wir fordern deshalb die Auflösung des Parlaments und die Einführung des repräsentativen Wahlsystems.“

Während des Wahlkampfes hatte die Front National Wahlplakate mit der Aufschrift „Nein zur EU-Mitgliedschaft der Türkei“ aufstellen lassen.

Marine Le Pen erklärte weiter im Interview mit dem Fernsehsender BFM, dass sie keinen Bundesstaat Europa möchten, sondern ein nationales Europa: „So wie bisher kann Europa nicht weiter wachsen.“

In Brüssel wird Marine Le Pen mit weiteren rechtsgerichteten Parteien in Kontakt treten, um gemeinsame Grundlagen für weitere Kooperationen zu besprechen.

Dazu gehören die islamfeindliche niederländische PVV und die österreichische FPÖ.

Eine Zusammenarbeit mit der ungarischen Jobbick-Partei und der griechischen Aube-Dore-Partei sowie der bulgarischen Ataka-Partei lehnt Marine Le Pen hingegen aufgrund der neonazistischen Orientierung ab.

Armut in Deutschland trifft vor allem Migranten-Jugendliche

In Deutschland nimmt die Armut rapide zu. Am meisten davon betroffen sind Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien.

Sabah, 31.05.2014, Titelseite

Eines von drei Kindern ist arm

Die Vorsitzende des AGJ (Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendliche), Prof. Dr. Karin Böllert (Univ. Münster) erklärt, dass das Ausmaß der Armut für Kinder und Jugendliche immer mehr zunimmt: „Wenn Kinder unter diesen Umständen groß werden, dann ist es so gut wie unmöglich, dass sie später ihren Platz in der Gesellschaft finden werden.“

Die Berliner Bildungssenatorin Sandra Scheeres fügte hinzu, dass in Berlin jedes dritte Kind staatliche Transferleistungen erhält.

Bildungsopfer sind die Migranten

Die AGJ hat für ihre Untersuchung die Statistiken der letzten zwanzig Jahre unter die Lupe genommen. Demzufolge leben 18% der Kinder in Familien mit täglich großen finanziellen Schwierigkeiten. 12% der Kinder wachsen in Familien auf, deren Bildungsstand sehr niedrig ist. 10% der Familien sind arbeitslos. Die größten Bildungsverlierer sind Kinder aus Familien mit Migrationswurzeln.

Die Untersuchung ergab zudem, dass vor allem für Kinder aus Hartz IV Familien, Jugendliche mit einer abgebrochenen Schulausbildung und Jugendliche mit Migrationswurzeln keine Hoffnungen auf eine tatsächliche zukünftige Verbesserung bestehen.

Das bitterste Ergebnis der Untersuchung ist, dass jedes dritte Kind in Deutschland keine Aussicht auf einen sozialen Aufstieg und auf eine zukünftige Karriere hat.

Die Experten erklären, dass die betroffenen Kinder die finanziellen Nöte, die Arbeitslosigkeit und die fehlende Bildung der Eltern widerspiegeln. Am stärksten von der Armut sind Kinder in Migrantenfamilien und Kinder von alleinerziehenden Müttern sowie Vätern betroffen.

AUTORIN NEWSLETTER: DR. MELTEM KULAÇATAN

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.